

Signale markieren den Weg zur Gewalt

Der Amokforscher Jens Hoffmann hat kiloweise Akten von Schul-Schießereien in Deutschland und den USA ausgewertet. Er kommt zu dem Schluss, dass es generell gültige Anzeichen für solche Verbrechen gibt. Um die Tat zu verhindern, müssen diese Signale erkannt werden.

VON CLAUDIA EBERHARD-METZGER

„Bitte helf mir!“ Dieser Eintrag, datiert vom 26. Juni 2004, findet sich in einem Selbsthilfeforum im Internet. Er stammt von dem 16-jährigen Schüler Sebastian B. Sebastian schildert Probleme mit den Lehrern und Konflikte mit seinen Mitschülern, er schreibt von Verzweiflung und Ausweglosigkeit und dass er die ganze Wut in sich hineinfrisse, um sie „irgendwann auf einmal rauszulassen“. „Ja“, bekennt er, „es geht hier um Amoklauf!“. Und er ergänzt: „Ich weiß selber nicht, woran ich bin, ich weiß nicht mehr weiter.“

Gut zwei Jahre später, am 20. November 2006, betritt Sebastian B. in einem schwarzen langen Trenchcoat die Geschwister-Scholl-Schule im westfälischen Emsdetten, bewaffnet mit mehreren Schusswaffen, Molotowcocktails, Rauch- und Rohrbomben. Er zündet eine Raubbombe, eröffnet das Feuer auf Schüler, verschanzt sich in einem Klassenraum, wirft einen Molotowcocktail und erschließt sich mit einer Vorderladerpistole selbst. Das Ergebnis: 37 Verletzte, ein Toter.

Inzwischen weiß man genug über Risikoentwicklungen im Vorfeld einer Gewalttat, um rechtzeitig eingreifen zu können.

Sebastian B. gehört zu einer Tätergruppe, die bis vor etwas mehr als 30 Jahren unbekannt war: Amokläufer an Schulen. Der erste Fall ereignete sich 1974 in Nordamerika, seit etwa zehn Jahren beobachten die Experten eine Besorgnis erregende Häufung. Insgesamt haben sich bis heute rund 100 Schulamokläufe ereignet, davon 66 im vergangenen Jahrzehnt, annähernd 200 Schüler und Lehrer wurden getötet.

Jens Hoffmann, Deutschlands wohl bekanntester Amokforscher, mag den Begriff Amok nicht. Er sei falsch, ein „großer Mythos“, der für diese besondere Form der Gewalt besser nicht verwendet werden sollte. Es sei eben gerade nicht die „heiß, plötzlich aufschäumende Wut“ des Amokläufers, die den jugendlichen Täter antreibe, sondern eine „kalte Wut“, die den Täter emotionslos, ruhig und motiviert einen Plan verfolge lasse, den er Monate, wenn nicht Jahre zuvor detailliert ausgearbeitet hat.

Für Hoffmann sind die Taten nicht unerklärlich. Und sie sind auch nicht unvorhersehbar. „Die Tat ist stets der Endpunkt einer Entwicklung“, sagt Hoffmann: „Der Weg zur Gewalt führt über viele Stufen, die von Warnsignalen begleitet werden.“ Diese Zeichen gelte es frühzeitig zu erkennen, „dann sind Gewalttaten an Schulen zu verhindern“, glaubt der Psychologe von der TU Darmstadt.

Um die „Flaggenzeichen“ ausfindig zu machen, die signalisieren, ob

ein junger Mensch auf dem Weg zur Gewalt ist und wie weit er ihn bereits zurückgelegt hat, haben Jens Hoffmann und seine Mitarbeiter von der Arbeitsstelle für Forensische Psychologie seit dem Jahr 2002 „kiloweise Akten“ ausgewertet. Die Wissenschaftler verglichen die Ergebnisse US-amerikanischer Studien zum Thema School Shooting mit Amokläufen in Deutschland und konnten dabei eindeutige, universell geltende Indikatoren finden.

Die Täter sind in aller Regel Jungen und stammen zumeist aus unauffälligen Familien, „wobei die Normalität bemerkenswert im Sinne von auffällig unauffällig ist“. Die Eltern haben ein eher mittleres bis hohes Bildungsniveau. Die Täter handeln zumeist alleine. Zwei Drittel der Täter waren zwischen 14 und 17 Jahren alt; jeder fünfte tötete sich im Anschluss selbst. Betrachtet man die Einzelschicksale und ihre Vorgeschichte, wird deutlich, dass die meisten Jugendlichen kurz vor dem Amoklauf schwere persönliche Niederlagen erlebt hatten. Sie fühlten sich von Mitschülern und Lehrern verspottet, gedemütigt, blamiert und bloßgestellt oder waren von wichtigen Bezugspersonen zurückgewiesen worden – wie Sebastian.

Eine subjektiv als schwer erträglich empfundene Realität lasse die Jugendlichen in solchen Krisen immer häufiger in Phantasiewelten flüchten, stellen die Gewaltforscher Frank Robertz und Ruben Wickenhäuser vom Berliner Institut für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie in ihrem Buch „Der Riss in der Tafel“ fest. Kurzatmige Deutungsversuche, wonach bestimmte Medien oder Formen der Gewaltdarstellung ursächlich für solche Extremtaten sind, weist Jens Hoffmann zurück, glaubt aber, dass die „Bedeutung des Medieneinflusses bei solchen Taten eher zu- als abnimmt“.

Überreife und singuläre Ursachenzuschreibungen sind bei Schulschießereien ebenso sinnlos wie einfache Abhilfeversprechen. Darin sind sich alle Gewaltforscher einig. „Viele Puzzleteile müssen sich zu einem Bild zusammenfügen, das die Tat als einzigen Ausweg erscheinen lässt“, sagt Hoffmann. Von besonderer Brisanz aber sei eine Kombination aus tiefer Verzweiflung und kalter Wut. Eine weitere Gemeinsamkeit der Schulschützen lässt sich am Beispiel von Sebastian B. aufzeigen: das Phänomen des „Durchsickerns“, englisch „leaking“ (lecken). „Nahezu alle Täter kommunizieren ihre Absicht im Vorfeld, zumeist gegenüber Gleichaltrigen, oft im Internet“, sagt Hoffmann.

Drei Formen des Durchsickerns können die Gewaltforscher mittlerweile voneinander unterscheiden – Nuancen, die darauf schließen lassen, ob eine Gewalttat unmittelbar bevorsteht. In einem frühen Stadium identifiziere sich der Schüler mit anderen Gewalttätern, beschäftige sich

intensiv mit Gewaltdarstellungen. Auf der zweiten Stufe tauchen beispielsweise Todeslisten auf, es wird über Waffen und den Tatort nachgedacht. Hier sei zu prüfen, betont Hoffmann, „ob das Planungs- und Vorbereitungsstadium – oder dumme Scherze und der Versuch, Aufmerksamkeit zu erhalten“. In der dritten Stufe ist der höchste Konkretisierungs- und Detailgrad erreicht: Ein jugendlicher kündigt etwa Mitschülern gegenüber an, dass an einem bestimmten Tag und an einem bestimmten Ort etwas geschehe, und er es allen zeigen werde.

„Wir wissen heute genug, um die meisten Risikoentwicklungen im Vorfeld zu erkennen und dahingehend zu intervenieren, dass es gar nicht erst zu einer kritischen Situation kommt“, bewertet Hoffmann den aktuellen Stand der Forschung. Dies setze allerdings voraus, das Wissen dorthin zu bringen, wo die Früherkennung am effektivsten ansetzen kann – in den Schulen. Aber gerade hier bestünden häufig Vorbehalte – eine wesentliche Chance, um Gewalttaten zu verhindern, werde vertan.

Eine konkrete Maßnahme wäre beispielsweise, in den Schulen „Kri-



Ausgrenztsein macht traurig und aggressiv. Als Teil der Gemeinschaft lassen sich auch schlimme Erlebnisse und Kummer besser bewältigen. Unser Bild zeigt trauernde Schülerinnen der Geschwister-Scholl-Schule in Emsdetten nach dem Amoklauf im November 2006.

FOTO: DDP

sentteams“ mit Lehrern zu etablieren, die in das Thema der Früherkennung eingearbeitet sind. Dabei müsse es in erster Linie gar nicht um extreme Gewalttaten gehen, sondern darum, Missstände zu erkennen, die Schüler in eine Krise treiben könnten, und frühzeitig entgegenzusteuern. Auch ein faires, transparentes Schulsystem und ein respektvoller Umgang zwischen Lehrern und Schülern sei grundsätzlich „ein gewisser Schutzfaktor“, zumal Hoffmanns jüngste Untersuchungen zum Verhalten einzelner Lehrer und der Atmosphäre in der Schule „gewisse Willkürakte oder autoritäre Strukturen“ erkennen ließen.

Auch Hoffmanns Kollege Frank Robertz ist der Meinung, dass der Königsweg, um Amokläufe zu verhindern, eine breite Gewaltprävention in Schule und Gesellschaft ist. Die Schlüsselfiguren im Bereich der Prävention sind Schulpsychologen, die verzweifelten oder resignierenden Jugendlichen Perspektiven aufzeigen und Lehrer unterstützen können. Doch die sind im Biotop Schule eine nur selten aufzufindende Spezies: Im Bundesdurchschnitt kommt auf 16.000 Schüler ein Schulpsychologe.

weil sich Lohndumping ausbreitet und sich Betriebe einen Kostenvorteil gegenüber jenen verschaffen, die Tariflöhne zahlen. Es muss verbindliche Lohnuntergrenzen geben.

Die Arbeitslosenversicherung ist kein

Zur Sache: Stiller Alarm per Mobiltelefon

Die Schulen setzen auf Gewaltprävention, sie rüsten sich aber auch für den Ernstfall. In der Stadt Ludwigshafen sollen nun erstmals spezielle Handys zur Alarmierung bei Amokläufen eingesetzt werden.

„Eine laute Alarmierung mit einer Sirene macht in einem Notfall wenig Sinn“, sagt der Ludwigshafener Bürgermeister Wilhelm Zeiser (SPD). Daher habe sich die Stadt schon vor längerer Zeit entschlossen, in eine alternative Alarmierung zu investieren: per Handy. Für alle Lehrer an allen Schulen der Stadt sollen spezielle Mobiltelefone angeschafft werden – mehr als 1000. Sobald ein Lehrer Hinweise auf einen Amoklauf oder ein ähnliches Verbrechen an seiner Schule hat, kann er seine Kollegen unauffällig verständigen. Ein spezieller Signalton lasse den Alarmierten sofort erkennen, dass es sich um einen Ernstfall handelt und die notwendigen Schritte eingeleitet werden müssen, erläuterte Zeiser der RHEINPFALZ. Die Geräte sind zwar bestellt,

aber der Liefertermin steht noch in den Sternen.

Die Lehrkräfte an der Berufsbildenden Schule Ludwigshafen haben sich schon vor einiger Zeit ihre eigene Handalarmierung programmiert – auf ihren privaten Mobiltelefonen. „Direkt nachdem ein Lehrer merkte, dass etwas nicht stimmte, alarmierte er das Kollegium auf diese Weise“, berichtet Zeiser. Dadurch sei dieses in der Lage gewesen, „besonnen zu reagieren“ und Schlimmeres zu verhindern.

Auch wenn es relativ einfach ist, private Handys entsprechend zu programmieren, will die Stadt spezielle Geräte anschaffen. „Die Spezialtelefone funktionieren mit einer eigenen Frequenz. Die ist nicht so leicht zu knacken oder abzuhören“, sagt Zeiser. Mit skeptischen Stimmen von Lehrern, die kein zusätzliches Handy mit sich herumtragen wollten, rechnete Zeiser in Zukunft nicht mehr: „Diese Bedenken dürften sich jetzt erledigt haben.“ (gana)

„Missbrauch muss bekämpft werden, nicht nur im Sozialbereich“

INTERVIEW: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck zur Debatte über die Zukunft des Sozialstaats

Wie schwer es ist, an den Schrauben des Sozialsystems zu drehen, hat Kurt Beck einst als Vorsitzender der SPD feststellen müssen. Sein Vorstoß, den Bezug des Arbeitslosengeldes I zu verlängern, stieß in der eigenen Partei auf heftigen Widerstand. Unser Redakteur Winfried Folz sprach mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten über die Frage, wie reformbereit die Politik bei Hartz IV ist.

Herr Beck, die FDP beklagt, dass wir in Deutschland immer nur darüber reden, was der Staat zusätzlich gewährleisten kann, ohne die Frage zu stellen, wer das bezahlen soll. Kommt die Perspektive der Steuerzahler – also der Leistungsträger – zu kurz?

Leistungsträger sind für mich nicht nur diejenigen, die hohe und höchste Einkommen haben und dafür auch anständig Steuer zahlen. Leistungsträger sind auch diejenigen, die sich anstrengen und versuchen, einen Beitrag zu leisten. Ich meine damit auch Menschen mit Behinderungen oder jene, die ihre Arbeit verlieren und mit Mitte 50 kaum noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Grundsätzlich müssen wir allen, die Hilfe benötigen, auch Hilfe zuteil werden lassen. Dabei ist die entscheidende Frage nicht, ob wir uns das scheinbar nicht leisten können, sondern ob ein menschengerechtes Leben ermöglicht wird. Und so lange Milliardenbeträge da sind, um Höchstverdienenden

Steuererleichterungen zu gewähren, so lange kann man mir nicht erzählen, der Staat könne nicht ein menschenwürdiges Leben finanzieren ...

Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der von staatlichen Transferleistungen lebt, zum Beispiel von Hartz IV. Das ist das sogenannte Lohnabstandsgebot, das aber in der Praxis kaum umzusetzen ist. Wie ist das Problem zu lösen?

Das Problem ist nicht damit zu lösen, dass man den Bedürftigen immer noch weniger gibt. Sondern damit, dass wir durch Mindestlöhne denen, die Arbeit haben, einen anständigen Lohn garantieren. Mindestlöhne können es zudem unattraktiv machen, aus bestehenden Tarifbindungen herauszugehen. Wir wollen ja nicht, dass es überall Mindestlöhne gibt, darum geht es gar nicht. Wir wollen, dass Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer in ihren Tarifbindungen bleiben. Auf diese Weise werden anständige Löhne garantiert.

Selbst ein Mindestlohn von neun oder zehn Euro hilft in einigen Fällen nicht, mehr zu bekommen als ein Hartz-IV-Empfänger.

Wie gesagt: Ich will, dass Tarifverträge wieder eine Chance haben. Im Osten Deutschland ist längst eine Lohnspirale nach unten im Gang. Hier muss eine Decke nach unten eingezeichnet werden. Die tarifliche Bindung muss wieder Platz greifen und Nor-

malität werden, Mindestlöhne sollen diesen Prozess befördern.

Sie können niemanden dazu zwingen ...

Es ist ja kein Zufall, dass ein Betrieb wie Lidl nun Mindestlöhne fordert,

weil sich Lohndumping ausbreitet und sich Betriebe einen Kostenvorteil gegenüber jenen verschaffen, die Tariflöhne zahlen. Es muss verbindliche Lohnuntergrenzen geben.

Die Arbeitslosenversicherung ist kein



„Wenn 450 Milliarden Euro Schwarzgeld am Fiskus vorbei geschleust werden, muss man auch eingreifen“: Kurt Beck.

FOTO: DDP

Sparvertrag, doch die Älteren, die jahrzehntelang Beiträge gezahlt haben, empfinden es als Missachtung ihrer Lebensleistung, wenn sie nach relativ kurzer Zeit auf Hartz IV abrutschen. Was kann man da tun?

Wir haben dieses Empfinden der Menschen bei der Entwicklung von Hartz IV falsch eingeschätzt. Ich habe mich dagegen gewandt und von Anfang an gekämpft, dass wir dort eine Staffelung erreichen. Ich kann verstehen, dass jemand, der 35 Jahre gearbeitet hat und dann seine Arbeit verliert, nicht genauso behandelt werden will, wie einer, der den Herrgott einen guten Mann sein lässt. Die Leute müssen sehen, dass es etwas wert ist, wenn man ein Leben lang gearbeitet hat. Auch ist es notwendig, dass Vermögen, das fürs Alter zurückgelegt wurde, unangetastet bleibt.

Die OECD hat herausgefunden, dass Langzeitarbeitslosen in Deutschland Anreize fehlen, mit einer Vollzeitbeschäftigung aus dem Hartz-IV-System herauszufinden. Begründung: Schon bei einem geringen Verdienst werden vergleichsweise hohe Steuern und Sozialabgaben fällig.

Realität ist, dass man bis zu einem bestimmten Einkommen auf jeden Fall nicht durch die Steuer zu hoch belastet wird. Eine Familie mit einem Kind muss erst ab einem Einkommen von über 40.000 Euro Steuern zahlen. Das Problem sind die Sozialversicherungsabgaben. Und da

müssen wir aufpassen, dass die Solidarität zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Krankenversicherung nicht aufgekündigt wird, wie von der Bundesregierung geplant. Wir werden eine andere Gesellschaft haben, wenn wir das Risiko immer auf die Schwachen abschieben.

Gibt es genug Leistungsbereitschaft in Deutschland?

Beim großen Teil der Menschen ja. Es gibt auch die anderen, die hat es schon zu jeder Zeit gegeben. Ich bin dafür, alles zu tun, um deren Leistungsbereitschaft einzufordern. Wer sich immer krank meldet, wenn es Arbeit gibt, der sollte im Zweifel auch mal vom Amtsarzt untersucht werden. Missbrauch muss bekämpft werden, nicht nur im Sozialbereich. Wenn 450 Milliarden Euro Schwarzgeld am Fiskus vorbei geschleust werden, wie dies derzeit geschieht, muss man auch eingreifen.

War es gut, dass FDP-Chef Westerwelle die Debatte über die Zukunft des Sozialstaats angestoßen hat?

Es wäre gut gewesen, wenn es um die Sache gegangen wäre, aber bei Westerwelle tropft die Parteitaktik aus allen Knopflöchern. Der Wahltermin in Nordrhein-Westfalen ist Anlass für diese Debatte gewesen, nicht die Sorge um den Sozialstaat und dessen Effizienz. Die Art und Weise, die Wortwahl, all das halte ich nach wie vor für verabscheuungswürdig.